



Prädikat klimaschädlich

Studie zur Anlagepolitik der Schweizerischen Nationalbank

Zusammenfassung

- 1) Das für diesen Bericht auswertbare Aktienportfolio der Schweizerischen Nationalbank (SNB) betrug Ende 2017 95,6 Milliarden US-Dollar oder 92 Milliarden Franken. Dies entspricht 60 Prozent der Aktienanlagen der SNB. Die SNB verantwortet damit Emissionen von 48,5 Millionen Tonnen CO₂. Dies ist mehr als die Gesamtemissionen der Schweiz im Jahr 2016 (48,3 Millionen Tonnen; für 2017 liegen noch keine Daten vor).
- 2) 7,4 Milliarden Franken investierte die SNB in Unternehmen mit besonders hohem CO₂-Ausstoss. Hätte sie sich entschieden, diese Anfang 2015 zu desinvestieren und in besonders klimafreundliche Unternehmen zu reinvestieren, wären die mit ihrem Aktienportfolio verbundenen Emissionen halbiert worden. Gleichzeitig hätte sich ihr Finanzergebnis in den letzten drei Jahren (1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2017) um 20 Milliarden Franken verbessert.
- 3) Die SNB verwaltete Ende 2017 ein Vermögen von 843,3 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Die 1'700 in der Schweiz tätigen Vorsorgeeinrichtungen verwalteten demgegenüber ein Gesamtvermögen von 824 Milliarden Franken. Die Nationalbank verfügt folglich auf dem Finanzplatz Schweiz über ein sehr grosses Gewicht. Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, ob sie sich bei der Umlenkung der Finanzströme gemäss Pariser Abkommen beteiligt und ihren Einfluss für die Energiewende und den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Low Carbon Economy wahrnimmt oder nicht.
- 4) Die Nationalbank investiert sehr wenig in neue erneuerbare Energien. Nur 11 % der Aktien, die die Stromproduktion betreffen, entfallen auf Unternehmen, die auf neue erneuerbare Energien ausgerichtet sind, im Gegensatz zu 73% für die fossile Stromproduktion. Das 2°C-Klimaziel würde mindestens eine Verdoppelung der Investitionen im Bereich der Erneuerbaren erfordern. Auch im Automobilsektor bleibt die Nationalbank dem fossilen Verbrennungsmotor treu verbunden. 94 Prozent ihrer diesbezüglichen Titel beinhalten diese veraltete Technologie. Ein 2°C-Zielpfad hingegen würde - gemäss Internationaler Energieagentur IEA - maximal 75 Prozent erlauben.
- 5) Einige Konzerne im SNB-Portfolio zählen nicht nur zu den grössten bekannten Klimasündern, sondern sind zudem für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.
- 6) Die tiefgreifenden Widersprüche zwischen der Politik der SNB und jener des Bundes führen zu einer Verschwendung von Ressourcen

und untergraben die Wirksamkeit von Massnahmen, die dazu beitragen würden, das Klimaproblem zu entschärfen. Es folgen drei Beispiele für grosse Widersprüche, die es aufzulösen gilt:

- 2017 war die Schweiz an der Gründung der Past Coal Alliance beteiligt, die sich dafür einsetzt, konventionelle Kohlekraftwerke bis 2030 ausser Betrieb zu nehmen. Die SNB hingegen unterstützt mit Investitionen von mehr als 2 Milliarden Franken ausgerechnet diese klimaschädlichste Art der Stromproduktion.
 - Die aktuelle CO₂-Gesetzesrevision sieht vor, dass die Schweiz zwischen 2021 und 2030 bis zu 3,75 Milliarden Franken im Ausland ausgibt, um 50 Millionen Tonnen CO₂ aus dem inländischen Motorfahrzeugverkehr zu kompensieren. Gleichzeitig beteiligt sich die SNB mit mindestens 6,2 Milliarden Franken an Erdölunternehmen, damit diese noch mehr Treibstoffe fördern und noch mehr Autos mit fossiler Energie herumfahren.
 - Die Schweiz gibt jedes Jahr gegen 2 Milliarden Franken aus, um arme Länder zu unterstützen. Andererseits schädigt die Politik der SNB genau diese Staaten: Von den Schwerpunktländern, auf welche die Schweiz ihre Hilfe konzentriert, gehören 80 Prozent zu den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Staaten. Alles weist darauf hin, dass sich die Lage der ärmsten Länder und deren BewohnerInnen aufgrund des Klimawandels weiter verschlechtern wird.
- 7) Würde die SNB ihr Geld so anlegen, dass es die Anstrengungen des Bundes zur Bekämpfung von Klimawandel und Armut nicht untergräbt, sondern unterstützt, würde sich die Wirksamkeit dieser politischen Anstrengungen vervielfachen. Eine entsprechend angepasste Anlagestrategie wäre wegweisend für den Schweizer Finanzplatz, der bisher genau wie die SNB einen Entwicklungspfad unterstützt, der zu einem Temperaturanstieg zwischen 4°C und 6°C führt.
- 8) Gewichtige Akteure des internationalen Finanzsektors haben damit begonnen, sich auf die Ziele des Pariser Abkommens auszurichten. Am 12. Dezember 2017 haben acht Zentralbanken angekündigt, ein Netzwerk ins Leben zu rufen, das dazu dienen soll, die Finanzmärkte auf die Bekämpfung des Klimawandels auszurichten. Am selben Tag gab die Weltbank bekannt, ab 2019 die Finanzierung von Erdöl- und Erdgasinfrastrukturen einzustellen. Die Europäische Kommission hat diesen März einen Fahrplan veröffentlicht, «um das Finanzsystem auf die Unterstützung der Massnahmen der EU im Bereich Klima und nachhaltige Entwicklung auszurichten».
- 9) Die Nationalbank verfügt über die notwendige Legitimation und alle Instrumente, um zu einer verantwortungsvollen Klimapolitik beizutragen. Lehnt sie dies weiterhin ab, müssen Bundesrat und Parlament eingreifen und sicherstellen, dass die SNB die Klimaschutzmassnahmen der Schweiz konsequent unterstützt.

Prädikat klimaschädlich Studie zur Anlagepolitik der Schweizerischen Nationalbank

*Susana Jourdan und
Jacques Mirenowicz
sind Co-Geschäftsleiter der
Artisans de la transition
www.artisansdelatransition.org

Das identifizierbare und damit auswertbare Aktienportfolio der **Schweizerischen Nationalbank (SNB)** betrug im Jahr 2017 95,6 Milliarden US-Dollar oder 92 Milliarden Franken. Dieser Teil des Portfolios entspricht 60 Prozent der Aktienanlagen¹ der SNB und verursachte 2017² Emissionen von 48,5 Millionen Tonnen CO₂. Dies ist mehr als die Gesamtemissionen der Schweiz im Jahr 2016 (48,3 Millionen Tonnen; für 2017 liegen noch keine Daten vor.)

7,4 Milliarden Franken hat die SNB in Unternehmen mit besonders hohem CO₂-Ausstoss angelegt. Hätte sie sich entschieden, diese Kapitalanlagen zu desinvestieren und in die klimafreundlichsten Unternehmen zu re-investieren, hätte die Bank die mit ihrem Aktienportfolio verbundenen Emissionen halbiert. Gleichzeitig hätte sie in den letzten drei Jahren (1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2017) Ihren Gewinn um 20 Milliarden Franken erhöht. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer Analyse, welche die **Artisans de la Transition** bei der Zürcher Firma ISS-Ethix in Auftrag gegeben haben.

Diese Zahlen bestätigen diejenigen, die im Dezember 2016 in einem ersten Bericht der **Artisans de la Transition** über die Investitionen der SNB in die fossile Energiewirtschaft der USA veröffentlicht wurden (Artisans de la Transition, USA-Finanzanlagen der Schweizer Nationalbank in fossile Unternehmen: Ein Desaster für Rendite und Klima). Seither ist der Wert des SNB-Portfolios von 61,5 Milliarden Franken auf 92 Milliarden Franken stark angestiegen. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf den positiven Börsenverlauf und Währungsgewinne zwischen den zwei Analyseterminen (31. Dezember 2015 für die erste Studie und 30. September 2017 für den vorliegenden Bericht) zurückzuführen.

Die vorliegende Analyse umfasst neu auch die Investitionen der SNB an der Londoner Börse und in einige weitere europäische Unternehmen. Diese Anlagen waren beim Verfassen des ersten Berichts noch nicht identifizierbar.

Ein immenses Gewicht

Zur Vervollständigung der Resultate von ISS-Ethix beauftragten die **Artisans de la Transition** die Organisation

1) Die SNB veröffentlicht keine Daten über ihre Investitionen. Die hier vorgestellte Analyse basiert auf Recherchen der niederländischen Firma Profundo, die Zugriff auf spezialisierte Datenbanken hat.

2) Diese Menge umfasst die Emissionen über den gesamten Lebenszyklus der vom Unternehmen gelieferten Waren oder Dienstleistungen (Scope 1, 2 und 3).

Ein «bereinigtes» Portfolio hätte nur halb so viel CO₂ ausgestossen und 20 Milliarden Franken mehr eingebracht

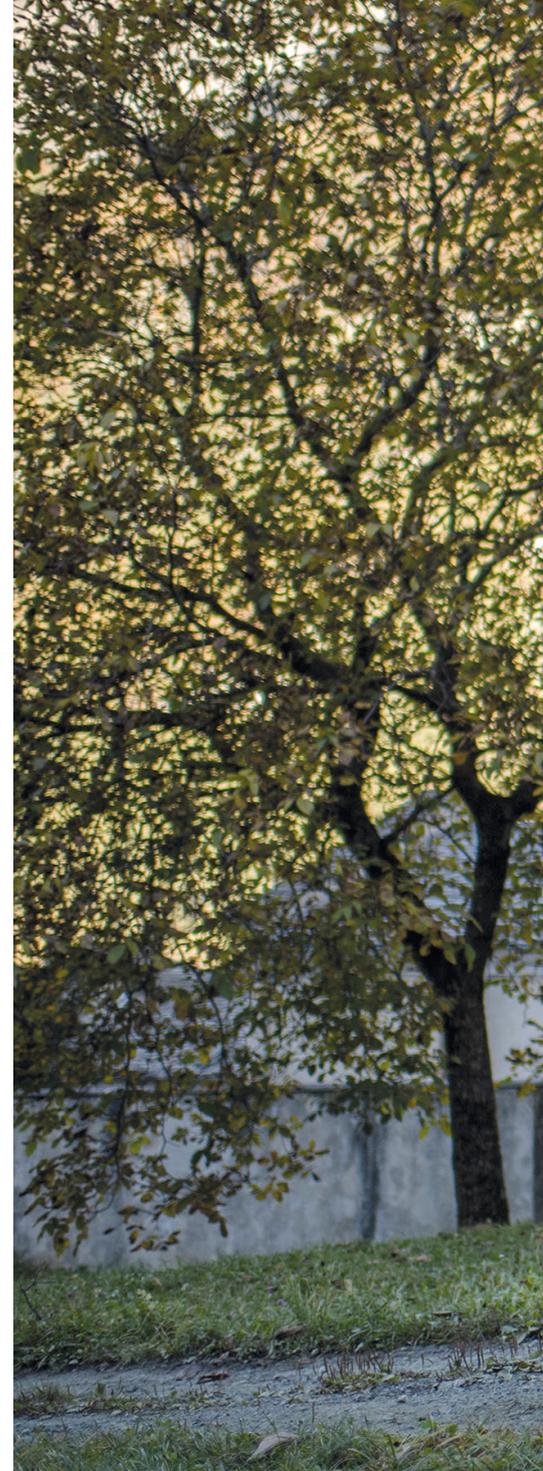
ISS-Ethix simulierte die Wertentwicklung des bekannten SNB-Portfolios, wenn es am 1. Januar 2015 desinvestiert worden wäre. Um diese Berechnung durchzuführen, wurden alle Unternehmen des Carbon Underground 200 Indexes, die im Fokus der globalen Desinvestitionskampagne stehen, sowie Firmen, die 30 Prozent oder mehr ihres Umsatzes aus dem Kohlebergbau oder der Kohleverwertung erzielen, aus dem Portfolio gestrichen.

Dann platzierte ISS-Ethix das der fossilen Energiewirtschaft «entzogene» Geld in Unternehmen, die eindeutig einer am Pariser Abkommen ausgerichteten Zukunftsvision verpflichtet sind. Das sind Unternehmen, die Teil der Clean 200 sind oder sich auf der Grundlage wissenschaftlicher Daten Emissionsreduktionsziele setzen. Clean 200 ist die Liste der grössten börsenkotierten Unternehmen, die ihre gesamten Einnahmen mit sauberer Energie, durch das Bereitstellen der für die Energiewende nötigen Infrastruktur oder mit entsprechenden Dienstleistungen erzielen.

Anschliessend berechnete ISS-Ethix die Wertentwicklung des «bereinigten» Portfolios vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2017. Ergebnis: Die Differenz beträgt 20 Milliarden Franken zugunsten des klimafreundlichen Portfolios. Kommt dazu: Dieses bereinigte Portfolio würde nur halb so viel CO₂ emittieren wie die aktuellen SNB-Anlagen. Statt ihr Geld gegen die Energiewende und den Klimaschutz einzusetzen, könnte sich die Nationalbank folglich mit ihrem gesamten Gewicht auf die Seite des Wandels stellen. Und dies alles ohne Kosten. Im Gegenteil, der SNB würde aus dieser klimafreundlichen Anlagepolitik ein sehr grosser finanzieller Nutzen durch hohe Kapitalgewinne entstehen.

Die ganze Finanzbranche und natürlich auch die SNB wissen, dass sich Sektoren manchmal unterdurchschnittlich, manchmal überdurchschnittlich entwickeln. Aus diesem Grund diversifizieren sie ihre Portfolios, um temporäre Verluste in den einen Sektoren durch Gewinne in anderen auszugleichen. So gesehen mag sich die Nationalbank, die innerhalb von drei Jahren durch das Beibehalten ihrer Investitionen in der fossilen Energiewirtschaft einen Wertzuwachs von 20 Milliarden Franken nicht realisiert hat, wohl fragen: Viele Sektoren sind aus eine Baisse wieder in die Hausse gekommen – warum also nicht auch die fossilen Energieträger?

Der ausschlaggebende Punkt ist, dass auf politischer Ebene alles daran gesetzt werden muss, dass die Aktienkurse im Bereich der fossilen Energien nie wieder ansteigen - tatsächlich wird auch immer mehr in dieser Richtung getan. Alle Akteure mit Verantwortungsgefühl, ob in der Politik oder in der Finanzwelt, müssten zum unumkehrbaren Schrumpfen dieses Sektors beitragen. Profitieren sollten davon insbesondere Sektoren, die erneuerbare Energien und das Energiesparen vorantreiben.



2 Degrees Investing, den auswertbaren Teil des SNB-Aktienportfolios (60% des gesamten Aktienportfolios) am Ziel des Pariser Abkommens zu messen, das beabsichtigt, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber der vorindustriellen Zeit auf maximal 2°C zu begrenzen. 2 Degrees Investing ist ein Unternehmen mit Sitz in Paris, London, Berlin und New York, das einen einheitlichen Mess-Standard entwickelt hat, mit dem sich die Vereinbarkeit von Finanzanlagen mit dem in Paris beschlossenen Klimaziel



überprüfen und bewerten lässt. Im Jahr 2017 hatte bereits das Bundesamt für Umwelt (BAFU) diese Organisation beauftragt, die Portfolios von Schweizer Pensionskassen und Versicherungen auf freiwilliger Basis zu bewerten.

Gemäss der Analyse von 2 Degrees Investing hat die Nationalbank mehr als ein Viertel (26 Prozent) ihres Aktienportfolios in Sektoren investiert, die stark Treibhausgase emittieren: in die Förderung von fossilen Brennstoffen, in die Automobilindustrie,

in die Herstellung von Zement und anderen Baustoffen, in Produktion von Stahl und Aluminium sowie in den Luftverkehr. Umgekehrt aber investiert die Nationalbank sehr wenig in den Bereich der erneuerbaren Energien: Nur 11 Prozent der Aktien, die sie im Bereich der Stromproduktion angelegt hat, entfallen auf diesen Bereich, wobei das Erreichen des 2°C-Ziels eine Verdoppelung des Engagements erfordern würde. Auch im Fahrzeugsektor bleibt die Nationalbank dem Verbrennungsmotor verhaftet: 94 Prozent ihrer Titel betref-

Samstag, 14. Oktober 2017.
Ein Bewohner von Bondo ist auf dem Heimweg. Am Mittwoch, 23. August stürzten rund vier Millionen Kubikmeter Gesteinsschlamm vom Pizzo Cengalo im Bergellmassiv ins Dorf. Seine Bewohner mussten es für fast zwei Monate verlassen. Nach Angaben der Schweizerischen Akademie der Wissenschaften wird der Hochgebirgspermafrost in den Alpen weiterhin aufschmelzen. Auch die tiefsten Schichten werden auftauen. Dadurch werden Felsstürze und Erdbeben häufiger und stärker.

fen diese veraltete Technologie. Ein 2°C-Zielpfad hingegen würde maximal 75 Prozent erlauben.

Die SNB verwaltet ein Vermögen von 843,3 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Die 1'700 in der Schweiz tätigen Vorsorgeeinrichtungen verwalteten Ende 2017 ein Gesamtvermögen von 824 Milliarden Franken. Die Nationalbank verfügt auf dem Finanzplatz

Schweiz über sehr grosses Gewicht. Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, ob sie bei der Umlenkung der Finanzströme gemäss Pariser Abkommen mitmacht oder nicht, und ob sie ihren Einfluss für die Energiewende und den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft geltend macht.

Die Antworten der Nationalbank und der Politik

Nach der Veröffentlichung ihres ersten Berichts über die Investitionen der SNB in die fossile Energiewirtschaft der USA haben die **Artisans de la Transition** am 22. Dezember 2016 die Geschäftsleitung der SNB gebeten, die Ergebnisse der Studie intern präsentieren zu dürfen. In seiner Antwort vom

Schwere Umweltschäden in der fossilen Energiewirtschaft

Die **Artisans de la Transition** haben ISS-Ethix auch beauftragt, das Portfolio der SNB anhand der zehn Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen zu überprüfen. Diese Grundsätze betreffen die Wahrung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten sowie den Umweltschutz und die Korruption. Diese Richtlinien stellen einen Minimalstandard im Feld der sozialen Verantwortung dar. Das Resultat der Überprüfung: Etwa ein Prozent der Unternehmen, in die die SNB investiert, verletzen diesen Minimalstandard.

Bemerkenswert: Die Hälfte dieser fünfzehn mit dem Minimalstandard nicht konformen Unternehmen sind im Bereich der fossilen Brennstoffe tätig. Das ist kaum erstaunlich, denn Exploration, Förderung, Raffinierung und Transport von fossilen Energieträgern erfordern grossangelegte Infrastrukturen, die in den betroffenen Gebieten schwere Schäden anrichten und Ökosysteme zum Kippen bringen, von denen das Überleben armer Länder und armer Bevölkerungsschichten abhängt.

Weit entfernt vom Sitz der Nationalbank an der Zürcher Börsenstrasse leiden Millionen von Menschen unter den schädlichen Auswirkungen eines Raubbaus, den die SNB bedenkenlos mitfinanziert.

So ist beispielsweise der Ölkonzern Royal Dutch Shell in Nigeria nachgewiesen für die Verschmutzung von Wasser und Land verantwortlich. Das Unternehmen hat darin versagt, die mit seinen Aktivitäten verbundene Umweltbelastung unter Kontrolle zu halten, und es hat entstandene Schäden nicht beseitigt. Amnesty International wirft der nigerianischen Tochtergesellschaft von Royal Dutch Shell auch vor, sich der Armee zu bedienen, um Kritiker zum Schweigen zu bringen. Auch das französische Unternehmen Total ist in Nigeria tätig und steht wegen Verschmutzung des Nigerdeltas in der Kritik.

Chevron ist ein weiterer Ölkonzern, der hinsichtlich Umwelt- und Menschenrechten zu den verantwortungslosesten Unternehmen der Welt zählt. Der symbolträchtigste Fall von Rechtsverletzungen, in den das Unternehmen verwickelt ist, betrifft Ecuador. Dort wurde Chevron 2011 wegen zwischen 1964 und 1990 verursachter Schäden im Amazonas mit einer Geldstrafe von 9,5 Milliarden Dollar gebüsst. Doch die Firma weigert sich bis heute, zu zahlen.

Der weltgrösste Ölkonzern ExxonMobil steht geradezu gleichbedeutend für verantwortungsloses Handeln. Aufgrund einer am 20. September 2017 eingereichten

Klage der Städte San Francisco und Oakland, der sich im Januar 2018 auch New York angeschlossen hat, eröffnete die Justiz ein Untersuchungsverfahren gegen ExxonMobil sowie gegen Royal Dutch Shell, Chevron und zwei weitere Unternehmen. Den Firmen wird vorgeworfen, während Jahren bewusst Zweifel gesät zu haben, dass die globale Klimaerwärmung menschengemacht sei. ExxonMobil setzte diese Vernebelungspraxis während Jahrzehnten fort, obschon der Konzern seinerseits Massnahmen ergriff, um seine eigenen Infrastrukturen gegen die Folgen des Klimawandels zu schützen, wie interne Dokumente belegen. ExxonMobil ist zudem in mehrere laufende Gerichtsverfahren involviert, in welchen der Firma die Verschmutzung von Ölsandstandorten in Kanada und Russland vorgeworfen werden.

TransCanada ist die Erbauerin der Ölpipeline Keystone XL, die seit 2012 im Zentrum einer beispiellosen Oppositionsmobilisierung in den USA steht. Weil sich die Obama-Regierung weigerte, einen Weiterausbau zu genehmigen, verklagte das Unternehmen die USA und fordert eine Entschädigung von 15 Milliarden Dollar. Die Keystone-Ölpipeline, die bereits seit 2010 in Betrieb ist, ist für umfangreiche und wiederholt auftretende Lecks und Umweltverschmutzungen durch Mineralöl verantwortlich.

Suncor und Imperial Oil sind für die starke Verschmutzung rund um den Syncrude-Komplex in Alberta, Kanada verantwortlich.

Enbridge Inc, Marathon Petroleum und Phillips 66 sind in den USA im Zusammenhang mit ihrer im April 2017 in

Betrieb genommenen Dakota Access Pipeline (DAPL) in zahlreiche Menschenrechtskontroversen verwickelt. Die Sioux-Indianer, die im Standing Rock Reservat leben, führen ihren Kampf für die Schliessung dieser Transportleitung weiter.

BHP Billiton baut Kohle und eine Reihe anderer Mineralien ab. Diese Firma ist für den Betrieb der Samarco-Mine verantwortlich, die eine der schlimmsten Umweltkatastrophen in der brasilianischen Geschichte verursachte. Am 19. November 2015 brach der Damm, der Abfallschlämme aus der Eisenerzextraktion zurückhielt. Die mit Schwermetallen beladene Schmutzbrühe tötete 19 Menschen und zerstörte 600 Häuser. Die Wasserversorgung von 280'000 Menschen in zwei Staaten wurde zerstört; Gewässer in der Länge von 650 Kilometer waren verseucht.

Vedanta ist ein weiteres Bergbauunternehmen, das auch Öl- und Gasförderanlagen sowie Kohlekraftwerke besitzt. Die britische Tageszeitung «The Independent» nannte es «das meistgehasste Bergbauunternehmen der Welt». Die Firma ist wegen der von ihr verursachten Umweltverschmutzung, wegen Verstössen gegen die Rechte lokaler Gemeinschaften in Indien und Afrika sowie wegen Korruptionsfällen regelmässig in den Schlagzeilen britischer und indischer Zeitungen.

An all diesen Unternehmen ist die SNB mit Aktienanlagen beteiligt!

8. Februar 2017 erklärte SNB-Generalsekretär Peter Schöpf, warum sich die SNB nicht von der fossilen Energiewirtschaft trennen will und warum sie eine solche Präsentation für unnötig erachtet.

Seine Position beruht auf drei Argumenten. Peter Schöpf weist darauf hin, dass die Anlagepolitik der SNB «den Anforderungen ihrer Geldpolitik

untergeordnet ist». Als solche müssten «ihre Anlagen den Kriterien Sicherheit, Liquidität und Ertrag genügen». Zudem sei es angesichts des sehr hohen Volumens an Wertpapieren von grundlegender Bedeutung, «deren optimale Diversifikation zu gewährleisten», ergänzt Schöpf. Und: «Innerhalb der verschiedenen Anlegungskategorien ist die SNB bestrebt,

den gesamten Markt so weit wie möglich abzudecken.»

Zweitens wende die SNB für ihre Aktienanlagen ein indexbasiertes Management an: Sie verwalte ihre Aktien «passiv, nach vorgegebenen Regeln und auf der Basis eines strategischen Benchmark-Indexes, der verschiedene Börsenindizes mehrerer Märkte und verschiedener Währun-

gen kombiniert». Der SNB-Generalsekretär versichert, «diese Führungsmethode erlaube es der Nationalbank, auf den verschiedenen Märkten so neutral wie möglich zu agieren.»

Dritter Punkt: Peter Schöpf stellt fest, dass die SNB seit 2013 Wertpapiere «von Unternehmen, die systematisch schwere Umweltschäden verursachen», von ihren Anlagen ausschliesse. Die Nationalbank könne jedoch nicht einen ganzen Wirtschaftszweig ausklammern. Dies widerspräche dem Prinzip der Diversifizierung und «würde einen Präzedenzfall schaffen, da die Tätigkeit vieler Branchen Auswirkungen zeitigt, die je nach Prioritäten als sozial unerwünscht oder schädlich angesehen werden können».

Kurzum, die Nationalbank behauptet, das Klima gehöre nicht in ihren Kompetenz- oder Interventionsbereich, sie sähe für sich folglich keinen Handlungsbedarf. Ihre Investitionsentscheidungen seien marktneutral, und sie schliesse Unternehmen, die systematisch schwere Umweltschäden verursachen, bereits aus.

Die SNB hält es also für richtig und schlüssig, sich über die Ziele des Pariser Klimaabkommen hinwegzusetzen und damit willentlich eine Erwärmung von 4°C bis 6°C in Kauf zu nehmen. Das ist eine schockierende und inakzeptable Haltung.

Die Aussage, dass die Nationalbank bereits alle Unternehmen ausschliesst, die «systematisch schwere Umweltschäden verursachen», ist falsch. Die vorliegende Studie der **Artisans de la Transition** zeigt, dass im SNB-Portfolio Aktien von Öl- und Bergbauunternehmen enthalten sind, deren systematische Umweltvergehen dokumentiert sind.

Bedeutsam ist neben den Argumenten von Peter Schöpf auch die Stellungnahme von Andréa Maechler, Mitglied des Direktoriums der Nationalbank. Sie wurde am 15. Dezember 2016 durch einen Journalisten des Westschweizer Fernsehens RTS mit den Ergebnissen der am selben Tag veröffentlichten ersten Studie der **Artisans de la Transition** konfrontiert. Andréa Maechler vertrat die Ansicht, dass die Investitionen der SNB in die fossile Energiewirtschaft eine politische Frage und es Sache der nationalen Politik sei, die Regeln festzulegen, nach denen sich die SNB in diesem Bereich zu richten habe.

Am 22. Dezember 2016 schrieben die **Artisans de la Transition** deshalb auch einen Brief an Doris Leuthard, Vorsterin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Sie ersuchten Frau Leuthard, bei der Nationalbank in einer wichtigen politischen Frage zu intervenieren - der SNB-Investitionen in die fossile Wirtschaft.

Die **Artisans de la Transition** fragten die künftige Bundespräsidentin: «Ist der Bundesrat damit einverstanden, dass das Geld der Schweizerinnen und Schweizer zur Klimakatastrophe beiträgt? Ist er damit einverstanden, einen finanziellen Gewinn aus der irreparablen Zerstörung des Klimas zu ziehen?»

In ihrer Antwort vom 23. Mai 2017 stellte Doris Leuthard fest, dass «weder der Bundesrat noch das Parlament das Recht hätten, auf die Investitionen der SNB Einfluss zu nehmen oder Weisungen zu erteilen. Ihre Unabhängigkeit im funktionellen, finanziellen und persönlichen Bereich ist in der Verfassung verankert und garantiert somit ihre Budgethoheit.»

Die Bundespräsidentin wies aber auch darauf hin, dass «der Bund eine unterstützende Rolle bei der Entwicklung eines international koordinierten Ansatzes zur Festlegung von Standards einnehmen will, womit verschiedene Parameter von Klima-Buchhaltungen verglichen werden können [...]. Diese sollen die Grundlage für einen künftigen Bericht über die Klimaverträglichkeit der Finanzströme bilden, den die Schweiz entsprechend dem Pariser Abkommen zuhanden des UNO-Sekretariates zum Klimawandel erstellen wird.»

Im Klartext: Der Bund engagiert sich für die Ausarbeitung von



Skipiste in Celerina, Engadin,
12. Dezember 2016. Nach Angaben
der Schweizerischen Akademie der
Wissenschaften wird die Schneesaison
in den nächsten Jahren um mehrere
Wochen kürzer sein. Die Regen/
Schneefall-Grenze wird mehrere hun-
dert Meter höher liegen

internationalen Klimastandards, an die sich die Nationalbank, sofern sie es als opportun erachtet, in voller Unabhängigkeit halten kann, sobald diese Standards ihre Wirkung auf den gesamten internationalen Finanzplatz entfalten.

Angesichts des alarmierenden Klimawandels sind die Autoren der Meinung, dass die Zeit nicht ausreicht, um die Entwicklung von internationalen Regeln abzuwarten. Die Nationalbank könnte bereits heute in Eigenkompetenz eine bessere Politik beschliessen, indem sie die Klimafrage ernst nimmt. Denn seit einiger Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich die Finanzwelt in Klimafragen bewegt. Die SNB sollte Teil dieser wachsenden Dynamik sein.

Auf politischer Ebene stellt sich die drängende Frage, ob sich die SNB wirklich hinter einer unzureichenden Verfassung verstecken kann. Kann die Politik angesichts der Tatsache des Klimawandels hinnehmen, dass verfassungsmässige Bestimmungen fehlen, welche die Nationalbank in die Pflicht nehmen? Regeln für eine Institution, der aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Geldpolitik des Landes eine enorme Verantwortung zufällt und die einen eminent politischen Auftrag hat?

Beide Punkte - die Entwicklung des internationalen Finanzplatzes hin zur

Berücksichtigung von Klimafragen sowie die Möglichkeit, politisch Druck auf die SNB auszuüben - verdienen es, näher untersucht zu werden.

Der globale Finanzplatz ist in Bewegung

Gewichtige Akteure des internationalen Finanzsektors haben begonnen, sich auf die Ziele des Pariser Abkommens auszurichten. Dieses wurde bekanntlich in Rekordzeit ratifiziert und ist seit 4. November 2016 in Kraft - weniger als ein Jahr nach seiner Verabschiedung durch die 21. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über den Klimawandel (COP 21).

Auf Betreiben Frankreichs, der Vereinten Nationen und der Weltbank trafen sich am 12. Dezember 2017 in der französischen Hauptstadt rund fünfzig Staats- und Regierungschefs zum One Planet Summit. Damit demonstrierten sie ihren Willen, die in Paris erzielte Dynamik aufrechtzuhalten. Sie setzten damit einen Gegenpunkt zum Rückzug der USA vom Pariser Abkommen am 1. Juni 2017 auf Veranlassung von Präsident Donald Trump.

Als Ergebnis des Gipfeltreffens haben acht Zentralbanken am 12. Dezember 2017 angekündigt, ein Netzwerk ins Leben zu rufen, das dazu dienen soll, die Finanzmärkte auf die Bekämp-

fung des Klimawandels auszurichten. Diese Gruppe mit dem Namen «Netzwerk der Aufsichtsbehörden und Zentralbanken für die Ökologisierung des Finanzsystems» (Network of Central Banks and Supervisors for Greening the Financial System NGFS) vereint die Bank of Mexico, Bank of England, Banque de France, die Finanzaufsichtsbehörde Frankreichs, Bank of the Netherlands, Deutsche Bundesbank, die schwedische Finanzinspektionsbehörde, die Monetary Authority of Singapore und die People's Bank of China.

Am selben Tag gab die Weltbank, die bereits 2010 mitgeteilt hatte, sich von Kohleinvestitionen zurückziehen, bekannt, ab 2019 auch die Finanzierung jeglicher Öl- und Gasinfrastrukturen einzustellen. Sie will damit den «raschen Veränderungen in der Welt» Rechnung tragen. Die Bank stellte eine Reihe von Initiativen vor, die ihre klimarelevanten Aktivitäten transparenter machen sollen und mit denen sie sich bei der Finanzierung des ökologischen Wandels engagieren will.

Ebenfalls während des One Planet Summit wurde die Climate Action 100+ Koalition gebildet. Ziel dieser Vereinigung von 225 institutionellen Grossanlegern mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 26'300 Milliarden Dollar ist es, die Aktivitäten ihrer Mitglieder gegenüber den 100 grössten Treibhausgas-Emittenten an den Weltbörsen – Firmen, die fast alle zum

Portfolio der SNB gehören - zu koordinieren. Die gemeinsamen Anstrengungen sollen diese Unternehmen dazu zu bringen, eine Emissionsreduktionsstrategie im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens vorzulegen.

Aus dieser Aufzählung lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Erstens: die Nationalbank fällt bei dieser positiven Entwicklung in der Finanzwelt durch Abwesenheit auf. Sie versteht ganz offensichtlich nicht, dass der gesamte fossile Energiesektor ein bisher nie da gewesenes Problem darstellt, das von den Investoren und insbesondere von den Zentralbanken ein neues Verantwortungsbewusstsein und beispielloses Handeln verlangt.

Zweitens: Wenn die Nationalbank nicht erkennt, dass sie in der Klimafrage handeln muss, bleibt nur noch die Politik, um sie zur Vernunft zu bringen.

Klimawandel: die Fakten

In den letzten zwei Jahren sind Unmengen von Tinte geflossen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen zu kommentieren, die das Ende der Stützung des Wechselkurses durch die Nationalbank im Januar 2015 zur Folge hatte. Die Folgen einer Erderwärmung von 4°C bis 6°C jedoch werden die Auswirkungen dieses Entschiedes auf unser Land bei weitem übertreffen. Auf allen Ebenen, auch für die Wirtschaft.

Je stärker die globale Erwärmung, desto mehr werden intensive und häufige Hitzewellen unser Land heimsuchen. Es wird mehr Dürren, Stark-Regenfälle, Hangrutsche und Überschwemmungen geben. Langsame, teilweise irreversible Veränderungen von Landschaften und Ökosystemen – darunter schmelzende Gletscher und verminderte Biodiversität – werden eintreten. Sie werden schlechtere Wasserqualität, zunehmende Häufigkeit von Schädlingen und Ausbreitung von Krankheiten zur Folge haben (Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften, ProClim, 2016).

Die Schweiz wird der starken Verschlechterung der klimatischen Bedingungen nicht entkommen. Im Gegenteil, im Alpenbogen fällt die Erwärmung doppelt so hoch aus wie im globalen Mittel. In der Schweiz hat die Durchschnittstemperatur zwischen 1864 und 2016 um 1,8°C zugenommen. Der globale Anstieg betrug 0,85°C.

Ein Temperaturanstieg zwischen 4°C und 6°C im Vergleich mit der vorindustriellen Zeit wird wohlverstanden nicht nur in der Schweiz schädliche Effekte haben. Die ganze Welt wird unter den verheerenden Auswirkungen leiden. Nichts wird so sein, wie zuvor.

Angesichts dieser beängstigenden Perspektive ist der Diskurs der

Nationalbank über ihre neutrale Positionierung auf den Märkten absurd – sie rechtfertigt damit einzig und allein die Fortsetzung ihrer Investitionen in die fossile Energiewirtschaft. Alle oben genannten Banken, Finanzinstitute und staatlichen Institutionen haben eingesehen, dass ein solches Verhalten nicht neutral ist. Sie ergreifen Massnahmen oder suchen nach Möglichkeiten, Verantwortung jenseits der «Marktgesetze» zu übernehmen.

Auch die Analyse von Doris Leuthard ist das Eingeständnis einer extremen Hilflosigkeit. Sie bezieht sich auf die Verfassung, um der Nationalbank zu erlauben, an einer globalen Erwärmung zwischen 4°C und 6°C mitzuwirken, während sie internationale Entscheidungen abwartet. Die Einflussmöglichkeiten der Schweiz auf dem globalen Parkett sind jedoch umso geringer, je länger sie nicht selbst mit gutem Beispiel vorangeht.

Deshalb ist festzuhalten, dass auch die Politik versagt hat. Sie ist bisher weder in der Lage noch willens, legitimen und energischen Druck auf Strategie und Beschlüsse der SNB auszuüben, die ihrer Verantwortung für das Klima in keiner Weise gerecht wird.

Umso bemerkenswerter ist in diesem Zusammenhang ein Vorstoss von Nationalrätin Adèle Thorens



Anna Giacometti, Gemeindepräsidentin von Bregaglia, rechts, begrüsst einen Bewohner von Bondo. Nach zwei Monaten im Exil kehrten die Dorfbewohner am 14. Oktober 2017 in ihre Heimat zurück. Nach einem Bergsturz hatte sich sintflutartige Wassermassen durch ihr Dorf ergossen. Frauen sind die ersten Opfer des Klimawandels - in der Schweiz und weltweit.

(Grüne). Zusammen mit fünfzehn weiteren NationalrätInnen reichte sie am 15. Juni 2017 eine parlamentarische Initiative ein, die eine Anpassung des Nationalbankgesetzes verlangt. Darin wird der Aspekt, das Gesamtinteresse des Landes zu wahren, durch einen Verweis auf Art. 2 der Bundesverfassung präzisiert. Diese Bestimmung legt die nachhaltige Entwicklung und den dauerhaf-

ten Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen fest.

Alles deutet darauf hin, dass dieser Vorstoss den richtigen Weg weist. Denn während sich das Land mit der Ratifizierung des Pariser Abkommens am 6. Oktober 2017 ohne Wenn und Aber zur Bekämpfung des Klimawandels bekannt hat, trägt die Nationalbank als zentrale Institution der

Schweiz mit ihren Investitionen in die fossile Energiewirtschaft direkt und massiv zur Verschärfung der globalen Erwärmung bei.

Derzeit aber ist, um den Worten der Wissenschaftshistoriker Amy Dahan und Stefan Aykut (2015) zu folgen, festzustellen: Die Klimapolitik des Bundes wird von Inkohärenz und einem Auseinanderklaffen von Wor-

ten und Taten geprägt. So wird ein Problem verschärft, das zu lösen Pflicht der Regierung unseres Landes ist. Eine Aufgabe, die sie nur zum Teil erfüllt. Die Politik der Nationalbank akzentuiert diese Inkohärenz, diese Janusköpfigkeit der helvetischen Klimapolitik. Besonders auffällig ist das in Bezug auf das CO₂-Gesetz und bei der internationalen Zusammenarbeit.

Helvetische Janusköpfigkeit: die inkohärente Klimapolitik

Inkohärenz in Sachen Kohle

Am Rande der Verhandlungen der COP 23 im November 2017 in Bonn gründete eine Gruppe von 19 Ländern, darunter Kanada, das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Schweiz, die Past Coal Alliance, die in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Europäischen Union bis 2030 – in anderen Teilen der Welt bis 2050 – der konventionellen Kohle (Werke ohne CO₂-Abscheidung und -Sequestrierung) ein Ende setzen will. Es versteht sich von selbst, dass es wünschbar ist, dass diese Allianz grosse Unterstützung findet und dafür sorgt, dass das Geschäftsmodell der Kohleunternehmen bald geächtet wird.

Demgegenüber bleibt die Nationalbank mit mindestens zwei Milliarden Dollar direkt in Kohle oder in stark von Kohle abhängige Elektrizitätsunternehmen investiert³. Diese Anlagepolitik steht damit im Widerspruch zur erwähnten Initiative unter offizieller Beteiligung der Eidgenossenschaft. Selbstverständlich wird die Past Coal Alliance Zeit brauchen, um die internationalen Regeln für den Umgang mit Kohle zu ändern. Doch die SNB sollte diese ebenso wünschenswerte wie unvermeidliche Entwicklung antizipieren, indem sie eine Führungsrolle übernimmt, den Weg weist – und selbst mit gutem Beispiel vorangeht, so wie es andere Finanzinstitute weltweit bereits tun.

Inkohärenz bezüglich Erdgas und Erdöl

Der zurzeit im Parlament diskutierte Entwurf zur Revision des CO₂-Gesetzes sieht vor, die CO₂-Emissionen der Schweiz bis 2030 um 50 % gegenüber 1990 zu senken. Mit dem Hinweis, dass der Handlungsspielraum innerhalb des Landes zu klein sei (was nicht bewiesen ist, aber hier nicht behandelt wird), begrenzt die Vorlage des Bundesrates die Reduktionsziele innerhalb der Schweiz auf 30 Prozent, während die restlichen 20 Prozent mit Reduktionszertifi-

katen im Ausland erreicht werden dürften. Diese Emissionszertifikate im Ausland würden hauptsächlich der Kompensation der Emissionen des Schweizer Verkehrs dienen, der zu 95 Prozent vom Erdöl abhängig ist.

Gemäss dem Gesetzesentwurf dürfte die Schweiz demnach zwischen 2021 und 2030 50 Millionen Tonnen CO₂ im Ausland kompensieren. Der Mindestpreis für ein qualitativ hochstehendes Zertifikat, das echte CO₂-Einsparungen garantiert, beträgt rund 75 Dollar pro Tonne CO₂ (WWF, 2017). Die Schweiz würde demnach zur Emissions-Kompensation des Verkehrs im Ausland 3,75 Milliarden Franken ausgeben.

In diesem Kontext hält die Nationalbank Investitionen von mindestens 6,2 Milliarden Franken⁴ in Erdölfirmen, damit diese noch mehr klimaschädigenden Brennstoff fördern können. Und sie verschärft als Zusatzeffekt die Risiken für Ökosysteme und schädigt Anwohner.

Es erscheint - vorsichtig ausgedrückt - absurd, mit der linken Hand Milliarden im Ausland zu investieren, um damit neues Öl zu fördern und die globalen CO₂-Emissionen zu steigern,

3) Dies ist mit grosser Wahrscheinlichkeit eine „Unterschätzung“, da die Investitionen der SNB in Kohle ausserhalb der Vereinigten Staaten und Grossbritannien nicht bekannt sind.

4) Dieser Betrag ist im Bereich «Oil & Gas» angelegt, also ohne Kohle und Kraftwerke. In Wirklichkeit investiert die Nationalbank viel mehr in diesen Sektor, da ihre Investitionen ausserhalb der Vereinigten Staaten und Grossbritannien nicht zugänglich sind.

während die rechte Hand Milliarden für Zertifikate ausgibt, um so die aufgrund der Ölimporte verursachten CO₂-Emissionen zu kompensieren.

Natürlich wäre es möglich, in dieser Frage kohärent zu bleiben. Dazu bedarf es jedoch des politischen Willens, alle verfügbaren Hebel zu nutzen, um die Klimagefahr zu entschärfen. Doch die Liste der Inkohärenzen ist damit noch nicht zu Ende. Der Widersinn im Verhalten der höchsten Instanzen des Landes, zu denen die Nationalbank gehört, hat noch weitere negative Folgen.

Inkohärenz bei der Entwicklungshilfe

Eine Studie der Weltbank zeigt, wie die globale Erwärmung die Armut ansteigen lassen wird. Sie wird arme Länder besonders stark treffen. Die Studie schätzt, dass bis 2030 weitere 100 Millionen Menschen aufgrund des Klimawandels in die Armut abstürzen könnten, wenn nicht schnell eine adäquate Entwicklungspolitik verfolgt wird (Hallegatte et al., 2016).

Besonders gravierende Folgen wird die globale Erwärmung für die Landwirtschaft haben. Die beiden ärmsten Regionen der Welt - Subsahara-Afrika und Südasien - werden am meisten leiden. Bis 2030 könnten niedrigere Ernteerträge die Nahrungsmittelpreise in Afrika südlich der Sahara um durchschnittlich 12 Prozent erhöhen. Arme Haushalte, die bis zu 60 Prozent ihres Einkommens für

Nahrungsmittel ausgeben, dürften von erheblicher Mangelernährung betroffen sein. Zusätzlich könnten mehr als 150 Millionen Menschen zusätzlich an Malaria erkranken.

Die Verschlechterung der klimatischen Bedingungen trifft arme Menschen unverhältnismässig stark, weil sie den Klimaveränderungen stärker ausgesetzt sein werden. Gleichzeitig sind sie besonders verletzlich und haben wenig Ressourcen zum Überleben. Sie profitieren weniger von der Unterstützung ihrer Familien, der Gemeinschaft und des Finanzsystems und sogar der sozialen Auffangnetze: alle Elemente, die ihnen dabei helfen könnten, sich anzupassen. Dies wird Migrationsströme erzeugen und Zielregionen, die selbst stark vom Klimawandel betroffen werden, zusätzlich belasten.

Die Armut und ihre Folgen für die Menschen bekämpfen ist das Mandat der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die eine Liste von 35 Schwerpunktländern für ihre Aktionen definiert hat und über ein Budget von zwei Milliarden Franken pro Jahr verfügt. Betrachtet man dieses Mandat in Verbindung mit den Aussagen der erwähnten Weltbankstudie, zeigen sich weitere eklatante Widersprüche zwischen offizieller Schweizerischer Politik und Verhalten der SNB.

Die Karte der von den Auswirkungen der globalen Erwärmung am stärksten betroffenen Länder stimmt zu

80 % mit den 35 Schwerpunktländern der DEZA überein. Im Klartext: Die Schweiz setzt jährlich rund zwei Milliarden Franken für die Verbesserung der Lebensbedingungen - insbesondere für eine bessere Bewältigung der ökologischen Probleme - genau in den Ländern ein, deren Bewohner die Hauptopfer der SNB-Investitionen in der fossilen Energiewirtschaft sind.

Bundesrat und Parlament bleiben inkohärent. Sie vernebeln den Widerspruch zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und ihrem Laissez-faire gegenüber der SNB. Sie nehmen ihre Verantwortung nicht wahr.

Gemäss den Verpflichtungen des Pariser Abkommens sollte die Schweiz die Bevölkerung der Entwicklungsländer ab 2020 mit Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen in Höhe von einer Milliarde Dollar pro Jahr unterstützen. Dieser Betrag ist abgeleitet vom gesamten Klimafussabdruck der Schweiz und ihrem Anteil an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der OECD (Staudenmann, 2018). Der Bundesrat und die zuständige Kommission des Nationalrates wollen jedoch nur 450 bis 600 Millionen für diese Verpflichtung ausrichten. Noch schlimmer: Statt zusätzliche Mittel zu mobilisieren, sollen diese dem bereits der DEZA zugewiesenen Budget für Entwicklungszusammenarbeit entnommen werden.

So sind die unverantwortbaren Investitionen der SNB einerseits ursächlich

am kommenden Schaden beteiligt. Andererseits herrscht Knausrigkeit, wenn Gelder freigegeben werden sollen, um eine Minderung der Klimaschäden zu ermöglichen.

Den am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffenen Menschen wäre besser gedient, würde die internationale Gemeinschaft nicht nur ihre Entwicklungszusammenarbeit intensivieren, sondern auch ihren Kampf gegen den Klimawandel. Die Studie der Weltbank zeigt, dass die zusätzlichen 100 Millionen Arme bis 2030 nicht als unvermeidbar hingegenommen werden dürfen (Hallegatte et al., 2016).

Die Schweiz muss dringend Lösungen dafür finden, wie sich die Art und Weise, wie die SNB ihre Mittel verwaltet, mit dem erklärten Willen in Einklang bringen lässt, zur internationalen Lösung des Klimaproblems beizutragen.

Die Nationalbank ist nicht die einzige Institution, bei der ein Widerspruch zwischen Wirtschafts- und Klimapolitik des Bundes besteht. Aber im Falle der Nationalbank wäre es ganz einfach, diese Inkonsistenz zu stoppen. Es würde genügen, wenn die SNB eine Strategie zur Minimierung ihrer Auswirkungen auf das Klima festlegen würde. Solch ein Kurswechsel wäre ein wichtiger Baustein für die wirksame Ausrichtung der Schweizer Klimapolitik auf den Zielpfad des Pariser Abkommens

Weite Handlungsfelder bleiben offen

Die globale Kampagne zur Desinvestition der fossilen Energiewirtschaft begann damit, dass eine Handvoll philanthropischer Stiftungen erkannten, wie absurd es war, dass sie mit den Einnahmen aus ihren Investitionen in die fossile Energiewirtschaft engagierte Klimaaktivisten finanzierten, die genau diesen Wirtschaftszweig bekämpfen: Eine paradoxe Situation (La Revue Durable, 2015).

Die Desinvestition fossiler Brennstoffe wird natürlich nicht alle Probleme lösen. Aber es ist ein wesentlicher Teil des Puzzles und ein wichtiger Schritt, die Aufmerksamkeit auf die Wurzel des Problems zu lenken. Die Kohlebergwerke müssen stillgelegt und die verbleibenden Öl- und Gasvorkommen unangetastet bleiben. Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schätzt, dass 80 Prozent der fossilen Energievorkommen in der Erde verbleiben müssen, damit die Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden können (IPCC, 2013).

Die grossen Widersprüche zwischen der fragwürdigen Politik der SNB und der Politik des Bundes führen zu einer Verschwendung von Ressourcen und untergraben die Wirksamkeit von Massnahmen, die dazu beitragen würden, das Problem zu reduzieren. Eine konsequent klimaverträgliche Bewirtschaftung des Vermögens der SNB würde in Verbindung mit einer entschlosseneren Klimapolitik des

Bundes dazu beitragen, die Armut wirksamer zu bekämpfen. Dies wäre eine wahrhaftige Win-Win-Situation. Der vorliegende Bericht zeigt auf, dass ein solchermassen kohärentes Vorgehen keineswegs kostspielig, sondern finanziell vorteilhaft wäre.

Auf dem Spiel steht überdies mehr als nur das gegenwärtige Verhalten der Nationalbank. Der gesamte Finanzplatz Schweiz verhält sich gleichermaßen inkohärent. Aber wie können wir von den Pensionskassen, Versicherern, institutionellen und privaten Anlegern erwarten, dass sie der fossilen Energiewirtschaft den Hahn zudrehen, wenn das wichtigste Finanzinstitut des Landes keine Impulse in dieser Richtung gibt? Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein Grossteil des Schweizer Finanzplatzes der SNB folgen würde, wenn sie sich zu einer modernen Klimastrategie bekennen würde.

Zwei Ereignisstränge erfordern und legitimieren eine neue Klimapolitik der Nationalbank: das schiere Ausmass der Klimagefahren und die rasante Zunahme von Initiativen auf höchster Ebene, um die Finanzbranche am Klimapfad des Pariser Abkommens auszurichten. Und wenn sich die SNB weigert, ihre Anlagepolitik anzupassen, müssen die höchsten politischen Instanzen des Landes sie dazu zwingen. Die derzeitige Untätigkeit der Nationalbank ist schockierend und inakzeptabel. Die Laissez-Faire-Haltung der Politik ihr gegenüber ist es nicht weniger. ●



Die Kosten für Photovoltaikanlagen sanken von 2010 bis 2017 um 73 Prozent und die Kosten für Onshore-Wind um 25 Prozent. Die heutigen Investitionen sind jedoch nicht auf der Höhe des Rentabilitätspotenzials dieser Technologien. Die weltweit installierte erneuerbare Stromkapazität ist in diesem Zeitraum zwar um 8,5 Prozent pro Jahr gestiegen. Sie hätte aber weit mehr wachsen können, wenn die Investoren die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz bevorzugt hätten, statt weiterhin die Industrie der fossilen Energien mit Geld zu überschwemmen.

Für eine Europäische Union der Transition

Die Europäische Union schreitet in Sachen Klimafinanzierung voran. Am 31. Januar 2018 veröffentlichte eine Expertengruppe einen Bericht zuhanden der Europäischen Kommission. Er umfasst dreissig Ideen zur Anpassung der Finanzwirtschaft an die Ziele des Pariser Abkommens. Am 8. März veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Fahrplan, «um das Finanzsystem auf die Unterstützung der Massnahmen der EU im Bereich Klima und nachhaltige Entwicklung auszurichten».

Die Europäische Zentralbank (EZB), die sich bisher ebenfalls durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Klima einen fragwürdigen Namen gemacht hat, wird mit diesen Entwicklungen Schritt halten müssen. Am 21. November 2017 hielt das Europäische Parlament bezüglich EZB fest, dass diese «als europäische Institution an das Pariser Abkommen gebunden ist».

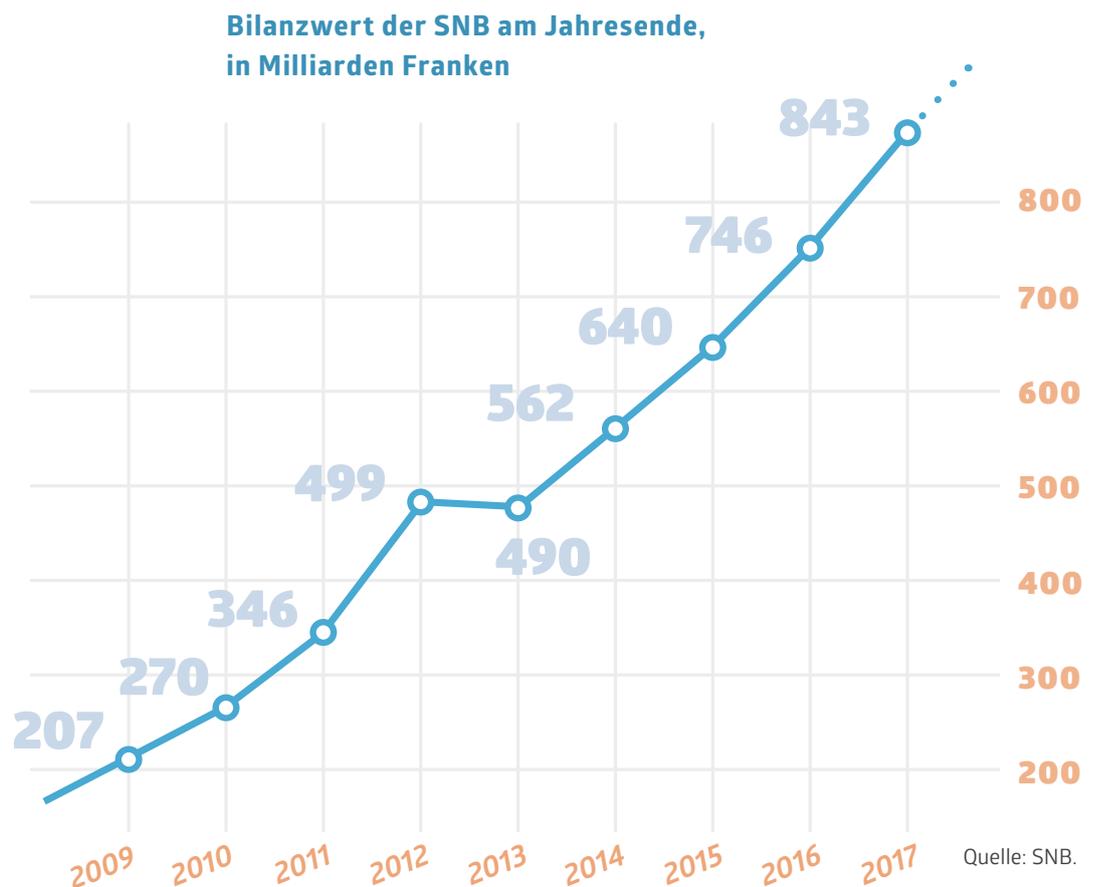
Das Vermögen der SNB ist zu 68 Prozent in Staatsanleihen angelegt, ein sehr grosser Teil davon in Euro. In einer Zeit, in der die Europäische Kommission festhält, die EU müsse jährlich rund 180 Milliarden Euro mehr zur Erreichung ihrer Emissionsminderungsziele bis 2030 investieren, wäre die Nationalbank ein bevorzugter Partner im Herzen Europas, um – synchron und koordiniert mit der EZB – eine Strategie zur Finanzierung des ökologischen Wandels und der Energiewende zu entwickeln. Die europäische Zivilgesellschaft mobilisiert derzeit auch im Rahmen der Kampagne Klima 2020 dafür, die Geldschöpfung der EZB für die Finanzierung der Energiewende zu nutzen.

Wir können davon träumen, dass das europäische Einigungsprojekt, welches um den Kohle- und Stahlmarkt herum entstanden ist, in ein Projekt des ökologischen und energetischen Wandels umgebaut werden wird.

SNB-Kennzahlen

Die Bilanzsumme der Nationalbank beträgt 843,3 Milliarden Franken. Seit 2009 ist die Bilanz ständig angewachsen. Um den Zufluss zum Schweizer Franken, einem sicheren Währungshafen, zu bewältigen, musste sie eine astronomische Menge von Franken schöpfen, die sie gegen

Dollar, Euro und andere Währungen verkaufte. Damit versuchte sie, den Anstieg des Schweizer Franken einzudämmen. Das Ergebnis ist ein Vermögen, das sich zwischen 2009 und 2017 vervierfacht hat.



Die SNB veröffentlicht keine Details ihrer Anlagen, wie Aufschlüsselung nach Industriesektoren und Einzel-firmen. Sie gibt nur summarische Informationen.

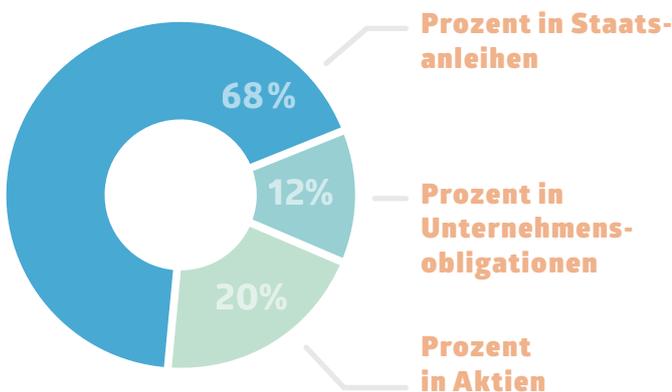
In Fremdwährungen sind 93 Prozent ihrer Bilanz angelegt, der Rest be-

steht aus Goldreserven und Forderungen in Franken.

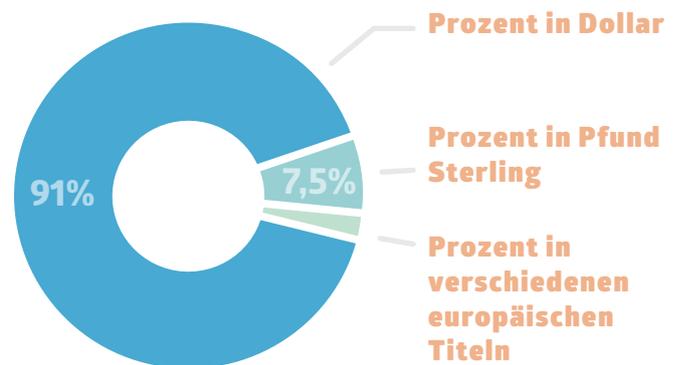
Die **ArtisansdelaTransition** beauftragt ISS-Ethix mit der Analyse eines SNB-Portfolios im Gesamtwert von 95,6 Milliarden Dollar - oder 92 Milliarden Franken - zum Kurs von Ende

September 2017, dem Stichdatum der Erstellung des zu analysierenden Portfolios. Dieser zugängliche Anteil erfasst 60 Prozent ihrer Aktienanlagen. Er beruht auf einer investigativen Recherche des Amsterdamer Finanzspezialisten Profundo.

Die Anlagen in Fremdwährungen setzen sich wie folgt zusammen:



Das identifizierbare und analysierte Portfolio ist wie folgt nach Währungen aufgeschlüsselt:



SNB-Investitionen in die Industrie fossiler Energien

Gesamte CO ₂ -Emissionen in Tonnen*	48 444 746
Fossilenergie Exposition in Prozent des Portfoliowertes	8,9%
CU Carbon Underground 200 Exposition in Prozent des Portfoliowertes	5,9%

* Diese Zahl umfasst die Emissionen über den gesamten Lebenszyklus der vom Unternehmen gelieferten Waren oder Dienstleistungen (Scope 1, 2 und 3).

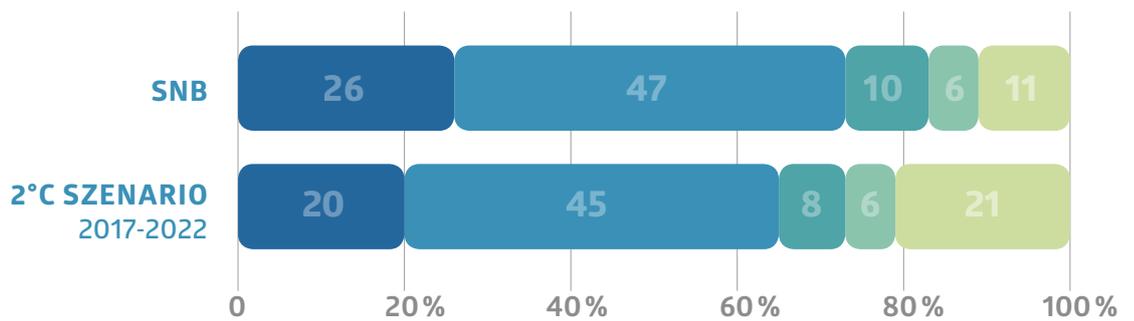
Quelle:
ISS-Ethix für Artisans de
la Transition, 2018.

Die Untersuchung des Portfolios der SNB durch 2 Degrees Investing zeigt die Diskrepanz zwischen den Anlageentscheidungen der SNB und dem Klimaziel, unter 2°C Erderwärmung zu bleiben. Dazu vergleicht diese den Technologiemitmix im Aktienportfolio

mit dem Szenario der Internationalen Energieagentur, das mit der Erwärmung 2°C vereinbar ist. Deren Szenario bietet zwar nur eine Chance von 50 %, die 2°C einzuhalten, zielt aber immerhin darauf ab. ●

- Kohle
- Gas
- Kernenergie
- Wasserkraft
- Neue Erneuerbare Energien

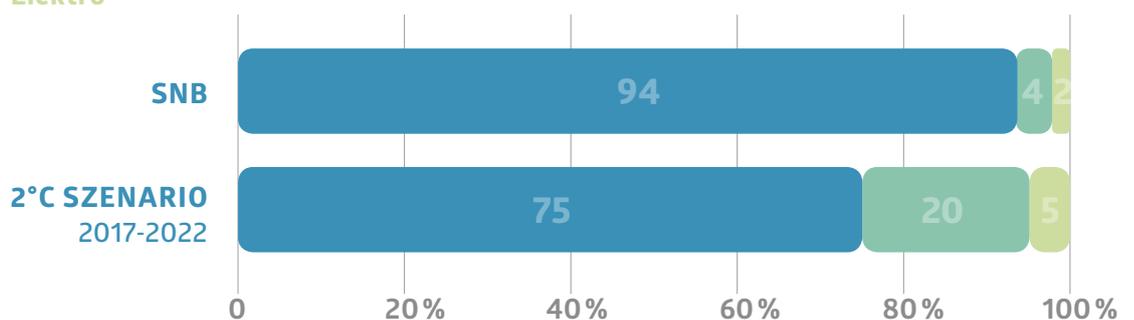
SNB-Investitionen in die Stromerzeugung



Quelle: 2 Degrees Investing für Artisans de la Transition.

- Verbrennungsmotor
- Hybrid
- Elektro

SNB-Investitionen in die Automobilindustrie



Quelle: 2 Degrees Investing für Artisans de la Transition.

Bibliographie

Artisans de la transition. **USA-Finanzanlagen der Schweizer Nationalbank in fossile Unternehmen: ein Desaster für Rendite und Klima**, Artisans de la transition, Fribourg; fossil-free.ch, Zürich, 2016.

Aykut SC, Dahan A. **Gouverner le climat ? Vingt ans de négociations internationales**, Les Presses de Sciences Po, Paris, 2015.

Brennpunkt Klima Schweiz, Grundlagen, Folgen und Perspektiven, Akademien der Wissenschaften Schweiz, ProClim, Vol. 11, n°5, 2016.

Grandjean A, Martini M. **Créer de la monnaie pour financer la transition énergétique**, LaRevueDurable n°60, hiver-printemps 2017-2018, pp. 32-35.

Hallegatte S et coll. Shock Waves : **Managing the Impacts of Climate Change on Poverty**. Climate Change and Development, Washington, DC: World Bank, 2016.

Intergovernmental panel on climate change (IPCC). **Climate Change 2013: The Physical Science Basis**, Geneva, 2013.

LaRevueDurable. **Histoire de la bulle carbone**, LaRevueDurable n°55, août-septembre-octobre 2015, pp. 36-39.

LaRevueDurable. **Monnaie pleine : une opportunité en Suisse pour changer la monnaie**, LaRevueDurable n°60, hiver-printemps 2017-2018, pp. 26-29.

LaRevueDurable. **L'argent de la Banque centrale européenne profite aux riches et détruit le climat**, LaRevueDurable n°60, hiver-printemps 2017-2018, pp. 36-38.

Staudenmann J. **Klimapolitik ist (auch) Aussenpolitik**. Artikel vom 26. Januar 2018 online konsultiert unter www.alliancesud.ch.

WWF. **Schweizerische CO₂-Emissionen im Ausland kompensieren: Zu teuer, zu unsicher oder de facto wirkungslos**. 2017.

Sites

www.artisansdelatransition.org

www.larevuedurable.com

www.issgovernance.com

<https://2degrees-investing.org>

www.profundo.nl/en

La transition
vers une société écologique
viendra de personnes déterminées
qui se retroussent les manches
et les méninges...

Soutenez par votre don ou par votre adhésion
les Artisans de la transition

www.artisansdelantransition.org

Rue de Lausanne 23, 1700 Fribourg

IBAN : CH2300768300140932307



Jede*r ist bei uns willkommen!

Für interessierte Aktive gibt es spannende Aufgaben,
bei denen viel bewegt werden kann.

*JedeR darf Verantwortung tragen, Eigeninitiative einbringen
und auch unkonventionelle Ideen umsetzen.

Verein fossil-free.ch, Idaplatz 3, 8003 Zürich | info@fossil-free.ch

Werde Mitglied bei
fossil-free.ch
oder unterstütze
unsere Arbeit mit einer
Spende:

Verein fossil-free.ch
Alternative Bank Schweiz,
4601 Olten
IBAN
CH63 0839 0031 3184 1000 6

